Christian Winter, Gewalt gegen Geschichte. Der Weg zur Sprengung der Universitätskirche Leipzig. Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 1998. 344 S., Abb. (= Arbeiten zur Kirchen- und Theologiegeschichte, Bd. 2)

Die weithin als Kulturbarbarei empfundene und von Protesten begleitete Sprengung der Leipziger Universitätskirche am 30. Mai 1968 hat seit 1990 rege publizistische Aufmerksamkeit gefunden. In der sich als Kulturstaat verstehenden und ihrer Pflege des kulturellen Erbes rühmenden DDR wurde das höchst peinliche Kapitel öffentlich nicht thematisiert und auch wissenschaftlich nur beiläufig behandelt. Bezeichnenderweise konnte eine 1961 angefertigte Dissertation über die bauhistorische Bedeutung dieser Kirche erst nach 1990 publiziert werden. Offensichtlich sah man in ihr – zu Recht, wie die vorliegende Untersuchung zeigt – ein Argumentationsmaterial gegen den seit Mitte der 1950er Jahre aus städtebaulichen Gründen erwogenen Abriß der im Kriege unzerstört gebliebenen Kirche. Über zehn Jahre dauerten die Auseinandersetzungen um das Für und Wider einer völligen Neugestaltung des durch die Bombenangriffe teilzerstörten städtebaulichen Ensembles am Augustus-/Karl-Marx-Platz und die Suche nach Kompromissen, bis dann schließlich die Abriß- und Neugestaltungsvariante auf autoritärem Wege durchgesetzt wurde.

Dem geht die auf einer Leipziger Dissertation 1994 beruhende, überaus gründlich recherchierte Monographie von den Wiederaufbauplänen nach 1945 bis zu den Neubauproblemen 1968–1975 im Einzelnen nach. Sie kann als erste wirklich überzeugende wissenschaftliche Darstellung der Vorgeschichte und der Hintergründe dieser Sprengung gelten, zumal sie auch auf Städtebau und Hochschulplanung, politische Implikationen, Konzeptions- und Interessenkonflikte etc. eingeht und so am Leipziger Fallbeispiel höchst komplexe Untersuchungsziele verfolgt. Zu Recht warnt der Verfasser vor der Tendenz, die für das politische System und die Probleme der DDR zwar aufschlußreichen, alles in allem aber doch nur lokalen und zudem von der ČSSR-Krise überlagerten Leipziger Vorgänge 1968 nachträglich zu überhöhen, die Proteste zu heroisieren und – verlockende, aber an der historischen Realität vorbeigehende – Parallelen zwischen den Vorgängen 1968 und 1989 zu ziehen, die erstere gleichsam als Vorspiel des Endes der DDR erscheinen lassen. Solche Tendenzen prägten das nach 1990 publizierte, meist auf Zeitzeugenberichten beruhende Schrifttum und den eher publizistischen Umgang mit den Leipziger Vorgängen des Jahres 1968. Sie sind nach den Verdrängungen der DDR-Zeit verständlich, laufen aber auf ein erneutes Zerrbild hinaus.

Nach einem knappen Abriß zur Geschichte der Kirche St. Pauli schildert der Verfasser die Vorgänge und städtebaulichen Konzepte zur Neugestaltung des Stadtzentrums und Universitätsviertels von 1955/58 bis 1968 in einem langen, chronologisch aufgebauten, in 19 Unterabschnitte gegliederten Kapitel, dessen minutiöse, durch 20 Dokumente im Anhang untermauerte Darstellung hier nicht im Einzelnen referiert werden kann. Es wirft zahlreiche, für die DDR-Forschung wichtige Fragen auf, die in einem abschließend-systematischen, zusammenfassenden wie weiterführenden Kapitel über die Rolle beteiligter und betroffener Personen, Gruppen und Institutionen teilweise aufgegriffen und beantwortet werden. Wieso – diese Frage drängt sich vor allem auf – erhielt der Abbruch spätmittelalterlich-historischer Bausubstanz, der im 19. Jahrhundert gang und gäbe war und gerade bei der historistischen Neubebauung des Leipziger Augustusplatzes in rigoroser Weise praktiziert wurde, in der DDR solch politisch-moralische Brisanz? Zumal die Berliner SED-Spitze um Ulbricht offenbar lange Zeit die Kompromißvariante durch Verschieben der Universitätskirche favorisierte und erst, als sich

dies als technisch undurchführbar erwies, den Abbruch durchsetzte. Selbst die sich kulturkämpferisch gebende Leipziger SED-Bezirksleitung um Fröhlich suchte eher konfliktdämpfende Wege und betonte immer wieder, daß sich die Neugestaltungs- und Abrißpläne keineswegs gegen die Kirchen richteten. Die Hauptursache sieht der Verfasser in dem unbedingten Willen, entsprechend den seit Ende der 1950er Jahre intensivierten Stadtzentrenplänen ein auch für politische Repräsentation geeignetes städtebauliches Ensemble zu schaffen, Neues zu bauen und so die Überlegenheit der siegreichen sozialistischen Gesellschaftsordnung zu demonstrieren. Auf diese Weise wurde die Neugestaltungs- zur Machtfrage. Die Durchsetzung eigener Positionen drängte die Sachfragen in den Hintergrund. Nicht ein gewollter Affront gegen die Kirche sondern die machtpolitisch motivierten städtebaulichen Visionen führten so zur Politisierung und Eskalation einer klassischen Konfliktsituation. Und diese Konflikte reichten – wie die vorliegende Untersuchung an zahlreichen Beispielen deutlich macht – über das Staat–Kirche–Verhältnis, die Leipziger Theologische Fakultät und andere Studenten- und Wissenschaftlergruppen bis in die SED hinein. Ganze Parteigruppen von Kunstwissenschaftlern und Denkmalpflegern – „Schöngeister", wie SED-Funktionäre abfällig urteilten – und selbst der Kulturminister Bentzien wandten sich gegen den Abriß der Universitätskirche und betonten neben den Sachfragen das gefährdete Kulturstaat-Image der DDR. Ähnlich argumentierten Funktionäre der Blockparteien und kirchliche Amtsträger, die sich sichtbar in dem Dilemma befanden, vorsichtigen Widerspruch anzumelden, ohne erneute politische Konflikte zu riskieren.

Andererseits wurden die Fortschritts-, Städtebau- und Hochschulvisionen keineswegs nur von SED-Funktionärskreisen, sondern auch von Architekten, Kommunal- und Universitätspolitikern geteilt. Dem zwar letztlich entscheidenden Zentralismus standen – wie das Leipziger Zusammenspiel von SED-Bezirksleitung, Stadt, Rektorat und Projektanten zeigt – regionale Eigeninteressen an den Neubauprojekten gegenüber, die vom Verfasser zwar benannt, aber unterschätzt werden. Damit stellt sich auch die Frage, wie weit der Protest in der Bevölkerung tatsächlich reichte oder, anders gefragt, welchen Rückhalt und Zuspruch die Neubau- und Abrißpläne in ihr fanden. Die auswertbaren Quellen erlauben offenbar keine quantifizierbaren Aussagen. Und sie verzeichnen eher organisierte Zustimmungs-Erklärungen und Proteste vorwiegend intellektuell zusammengesetzter, von der Staatssicherheit in bekannter Manier zu „gegnerischen Personenkreisen" hochstilisierten Minderheiten als die tatsächliche Stimmungslage. Der Verfasser verfällt keineswegs in den Fehler, das in den Staatssicherheits-Berichten gezeichnete Bild für bare Münze zu nehmen, geht aber fast durchweg nur auf Proteste und Widerspruch-Symptome ein. Erst im Schlußkapitel erwähnt er den möglichen Zuspruch, den die Neubau- und Abrißpläne vor allem in der nunmehr atheistisch geprägten Leipziger Arbeiterschaft und unter den marxistischen Wissenschaftlern der Universität fanden. Auch führt er die immer wieder verschobenen, aus der Sicht rigoroser SED-Funktionäre nur „schleppend" vorangetriebenen Pläne in erster Linie auf ökonomische Probleme und erst in zweiter Linie auf die Proteste zurück. Wie viele ähnlich gelagerten wirft auch die vorliegende Untersuchung das methodische Problem auf, ob für die untersuchte Konfliktsituation eher die Methoden der Widerstands- oder die der Konfliktforschung angemessen sind.

Jena Jürgen John

*